

.....

Budgetdebatte

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. Dezember 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über den städtischen Voranschlag für 1930 fort. Zur Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen.

Zu den Ausführungen des Gemeinderates Höppeler über das Schulwesen in der gestrigen Sitzung des Gemeinderates erklärt der Bürgermeister, dass er bezüglich der behaupteten Vorkommnisse, die unter Verantwortung von Lehrpersonen geschehen sein sollen, beim Stadtschulrat die sofortige strenge Untersuchung verlangt hat. Gemeinderat Höppeler ist eingeladen, sofort die Lehrpersonen, die betreffenden Klassen und Schulen zu nennen. Es ist zu bedauern, dass solche Äusserungen, wie sie von GR. Höppeler gemacht wurden und die einen so schweren Vorwurf für die öffentlichen Organe enthalten, ohne gleichzeitige Namensnennung erfolgen. Stadtrat Hummelhardt hat die Behauptungen des Gemeinderates Höppeler als konkrete Tatsachen hingestellt und einen Antrag auf Untersuchung eingebracht. Eines derartigen Antrages bedarf es jedoch nicht, da es selbstverständlich ist, dass sofort eine Untersuchung eingeleitet wird, wenn solche Behauptungen im Gemeinderat aufgestellt werden. Im Interesse der Ehre eines ganzen Standes müssen die Namen, die Gemeinderat Höppeler nicht genannt hat, sofort festgestellt werden. Durch die Untersuchung kommt die ganze Angelegenheit aus dem Bereich der Pauschalverdächtigung und können die wirklich Verantwortlichen eruiert werden. (Beifall bei der Mehrheit).

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Kokrda zunächst auf die Ausführungen der einzelnen Redner. Bezüglich einer Aktion für die notleidenden Wiener Weinbauer erklärt der Redner, dass eine solche Aktion bereits im Werden ist, wonach die Weinbautreibenden in Wien eine ähnliche Unterstützung erhalten werden, wie dies in Niederösterreich bereits geschehen ist. Hinsichtlich der Sammlungen bei den Elternvereinen erklärt Stadtrat Kokrda, dass daraus ein Vorwurf gegen die Schulverwaltung nicht erhoben werden kann. Stadtrat Kokrda spricht dann ausführlich über die Verhandlungen mit dem Bund bezüglich einer Pacht der Maschinenhalle und erklärt, dass nunmehr Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium und der Wiener Messe A.G. wegen Verwendung der Maschinenhalle geführt werden. Auf die Vorwürfe der Minderheit, dass das

Wiener Schulwesen eines der traurigsten Kapitel der Verwaltung sei, zitiert Stadtrat Kokrda die katholische Schulzeitung für Norddeutschland in Breslau vom 13. und 20. November 1929. Dort heisst es, dass wie einst zu Pestalozzi heute die Pädagogen aller Länder zu Otto Glöckel und Fadrus nach Wien wandern. Es wurden einzelne Schulen ohne Begleitung eines Bezirksschulinspektors besucht. Ihre Einrichtungen müssen als vorbildlich bezeichnet werden. Unter Widerspruch der Minderheit bezeichnet Stadtrat Kokrda das Urteil des Gemeinderates Höppeler über die Wiener als das eines unobjektiven Katholiken, im Gegensatz zu der katholischen Schulzeitung steht. (GRin. Schlösinger: Die Leute werden nur in Elite-Schulen geführt!) Mit seinen anderen Behauptungen hat GR. Höppeler der Schule einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Es ist unter der Würde des Gemeinderates, dass dergleichen Dinge in der Art vorgebracht werden, wie dies GR. Höppeler getan hat. Stadtrat Kokrda ersucht schliesslich, die Ansätze der Verwaltungsgruppe VI anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Es folgen nun tatsächlich Berichtigungen.

Stadtrat Rummelhardt (E.L.) kommt auf die Ausführungen des Bürgermeisters zu Beginn der Sitzung zurück und bemerkt, er könne diese Ausführungen nicht anders auffassen, als ob der Bürgermeister meine, dass er (der Redner) von vornherein das für wahr halte, was gesagt wurde. Demgegenüber stelle er fest, dass er sich nicht von vornherein mit diesen Mitteilungen identifiziert habe, sonst hätte er nicht eine Untersuchung durch den Stadtschulrat verlangt, dass er vielmehr gestern zum erstenmal diese Vorwürfe gehört habe und es daher ganz unmöglich sei zu erklären, sie seien wahr oder nicht. Gegenüber der Erklärung des Bürgermeisters, es sei selbstverständlich, dass dergleichen Behauptungen untersucht werden, stelle er fest, dass das bis heute durchaus nicht selbstverständlich war, da derartige Behauptungen wiederholt im Gemeinderat aufgestellt worden sind, ohne dass eine Untersuchung angestrebt wurde. Es war also notwendig den Antrag zu stellen, sonst wäre die Anklage des GR. Höppeler ebenso ignoriert worden, wie alle früheren Anklagen, die im Gemeinderat gegen die Schulverwaltung und insbesondere in Bezug auf die sittlich-religiöse Erziehung erhoben wurde. Er beharre daher auf seinen Antrag und erwarte, dass wenn Schuldige gefunden werden, sie der Strafe zugeführt werden, nicht aber vielleicht avancieren und Auszeichnungen erhalten (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Höppeler (E.L.) stellt in einer tatsächlichen Berichtigung fest; dass er bereit sei, für seine gestrigen Behauptungen einzutreten und die Quellen, aus denen seine Ausführungen stammen, bekanntzugeben.

(Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit. - Warum nennen Sie Ihre ^{Quelle} nicht gleich? Wer hat Ihnen all das erzählt?) Er verwehre sich entschieden dagegen, dass ihm der Bürgermeister imputiert habe, er hätte Verdächtigungen und Beschuldigungen ausgesprochen, für die er nicht bereit wäre, einzutreten. (Neuerliche Zwischenrufe bei der Mehrheit: Sagen Sie von wem Sie das haben!)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Verwaltungsgruppe VI unverändert angenommen. Der Antrag Rummelhardt sowie einige Anträge der GRin. Schlösingler werden dem Bürgermeister übermittelt, ein weiterer Antrag der GRin. Schlösingler, sowie ein Antrag des GR. Hengl betreffend die Notstandsaktion für notleidende Weinbauer werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Die übrigen Minderheitsanträge werden abgelehnt.

Es wird sodann in die Beratung der Verwaltungsgruppe VII eingegangen.

Stadtrat Linder leitet die Debatte ein. Er verweist zunächst darauf, dass die Nettoausgaben für das Jahr 1930 um 488.690 Schilling höher als im Vorjahre sind. Die tragende Post des Voranschlages ist die Post für das Feuerlöschwesen, wofür ein Betrag von 9.720.100 Schilling, das sind um 130.080 S mehr als im Vorjahre vorgesehen sind. Die starke Inanspruchnahme der Feuerwehr erfordert die technisch modernste Ausrüstung. Bis Ende September 1929 waren heuer 5521 Ausrückungen, darunter 1892 zum Feuer, der Rest zu technischer Hilfeleistung. Während der Kälte- und Wasserkatastrophe musste die Feuerwehr einigemal innerhalb weniger Stunden 200 bis 300mal ausrücken, was die Schlagfertigkeit der Feuerwehr beweist. Die Feuerwehr hat ein Kabelnetz in der Länge von 115 Kilometern. Es gibt derzeit 601 öffentliche und 384 private Feuermelder und 29 Feuerwachen. Mit dem Ausbau von Feuerwachen im 19. und 16. Bezirk ist die vor Jahren eingeleitete Reform des Feuerschutzes beendet; es wird dann möglich sein, innerhalb fünf Minuten nach Alarm beim Feuer zu sein. Die neuen Feuermelder werden mit Rascheltglocken zu Verhinderung blinden Feueralarms und mit Telefoneinbau versehen sein, und werden ganz moderne Feuermelder darstellen. Zur Verbesserung des Fahrparkes, welcher derzeit 50 Elektromobile und 73 Bezinautos zählt, sind 13 neue Fahrgestelle und 15 Aufbauten, ausserdem eine Autoschubleiter vorgesehen. Nach diesen Arbeiten wird unser Feuerschutz der modernste und bestgebaute sein. Das Sicherheitswesen erfordert um 123.140 Schilling mehr, und zwar infolge der Steigerung der Ueberstellungskosten und der ständigen Steigerung der Schüblinge. Für die im Jahre 1930 durchzuführende Volkszählung wurde ein Betrag von 80.000 Schilling vorgesehen. Der ständige Zuwachs von Ausstellungsobjekten für das Uhrenmuseum lässt eine Erweiterung der Museumsräume wünschenswert erscheinen. Das Steigen der Zahl von goldenen Hochzeiten hat eine Erhöhung des hiefür vorgesehenen Betrages bedingt. Für das neue Gewerbeförderungsamt ist ein Betrag von 77.000 Schilling vorgesehen und ist zu erwarten, dass das Kuratorium bald bestellt wird und zusammentritt und dann mit der wichtigen Gewerbeförderungsarbeit zu beginnen. Für die Sammlungen wurden wertvolle Neuerwerbungen durchgeführt. Schliesslich teilt Stadtrat Linder noch mit, dass in diesem Jahre 3049 Ehen geschlossen wurden, dass 6375 Heimatsrechtsakte zu erledigen waren, in 1148 Fällen erfolgten Ablehnungen und dass die Zahl der Ausgemeindungen 592 betrug. Stadtrat Linder ersucht schliesslich, den Ansätzen der Verwaltungsgruppe VII zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Angermayer (E.L.) bemerkt, nach einer ihm zugekommenen Nachricht sei im Laufe des Monats Oktober oder November die im städtischen Objekt VI., Mollardgasse 8 untergebrachte Gemeindewache mit der Arbeiterzeitung durch eine telefonische Anlage verbunden worden. Von der Arbeiterzeitung führt ein eigener Draht zu dieser Wache. Diese innige Beziehung zwischen Arbeiterzeitung und Gemeindewache ist auffällig und man muss sich fragen, zu welchem Zweck eine aus öffentlichen Steuergeldern erhaltene Institution

eine ständige Telefonverbindung mit dem Organ der sozialdemokratischen Partei haben muss. Wenn die Arbeiterzeitung einen Schutz braucht, hat sie den Schutz der Polizei. GR. Angermayer fragt den Stadtrat Linder, wozu diese telefonische Verbindung erreicht wurde, wer die Erlaubnis hiezu gegeben hat und wer für die Kosten aufkommt. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Uebelhör (E. L.) bemerkt, wie auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung, herrsche auch in dieser Verwaltung Willkür. Es sei eine Willkür, dass die stenografischen Protokolle des Gemeinderates, obwohl dies die Opposition seit langem fordert, nicht in Druck gelegt werden. Die Berichte der Rathauskorrespondenz, die übrigens den Gemeinderatsmitgliedern reichlich spät zukommen, können kein Ersatz für das stenografische Protokoll sein, da sie nur Auszüge der Reden enthalten. Man müsste uns einmal sagen, warum die stenografischen Protokolle eigentlich nicht gedruckt werden. Offenbar hat man eine Scheu davor, die wörtlichen Reden in die Bevölkerung kommen zu lassen. Der Redner bemängelt sodann, dass im Amtsblatt nicht die im Wiener Heimatverband Neuaufgenommenen veröffentlicht werden und bezeichnet es als ein schweres Versäumnis, dass bisher Andenken an den grossen Bürgermeister Dr. Lueger noch nicht in das städtische Museum aufgenommen worden sind. GR. Uebelhör teilt mit, dass am 24. August die Mietpartei eines privaten Hauses in Hernals ihre Einzimmerwohnung gekündigt habe. Einige Tage nach dieser Wohnungskündigung ist ein Magistratsbeamter in die Wohnung gekommen und hat Erkundigungen eingeholt. Die Frau hat dann die Weisung vom Wohnungsamt bekommen, den Schlüssel bei der Gemeinde abzugeben. Am 30. Oktober, vier Wochen nach dem Auszug der Frau, hat ein Beamter die leere Wohnung versiegelt. Niemals wurde ein Einvernehmen mit dem Hausbesitzer gepflegt. Am 5. November ist ein Vertreter des Hausbesitzers zum Wohnungsamt gegangen, wo ihm nach dreistündigem Warten mitgeteilt wurde, dass über die Angelegenheit das Bauamt Auskunft geben kann. Dort hat man den Mann an das Gesundheitsamt gewiesen, wo aber ebenfalls nichts zu erfragen war. Als der Mann sich beim Leiter des magistratischen Bezirksamtes Hernals energisch beschwerte, wurde er an das Marktamt gewiesen, wo er endlich erfuhr, dass die Frau um eine Wohnung in einem städtischen Haus angesucht hat. Man gab dem Hausbesitzer den Rat ein Gesuch um Ausfolgung des Wohnungsschlüssels zu machen. Das Gesuch wurde am 6. November eingereicht. Nach 10 Tagen wurde dem Hausbesitzer mitgeteilt, dass es verloren gegangen sei, er möge ein neues Gesuch einreichen. Am 23. November wurde dem Hausbesitzer endlich die Zusage gegeben, dass in zwei Tagen die Wohnung aufgesperrt und ihm zur Verfügung gestellt werden wird. Angeblich soll die Wohnung gesundheitsschädlich sein, obwohl nebenan die gleiche Wohnung noch heute bewohnt ist. Einen solchen

skandalösen Vorgang kann man sich nicht erklären. Es ist dies einer der Willkürakte an denen Ihre Verwaltung so reich ist. Sie vergiften durch solche Dinge die Verwaltung und machen die Bevölkerung misstrauisch. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR-Dr. Wagner (E.L.): Die Bedeutung dieser Verwaltungsgruppe darf nicht nach der Ausgabensumme, sondern muss nach der Arbeit gewertet werden. Da ist vor allem die Baupolizei zu nennen die durch die neue Bauordnung viele wichtige Agenden bekommen hat. Sehr gut verwaltet ist das Kulturgut der Gemeinde auf dem Gebiet der Sammlungen, Museen und des Archivs. Sie erfreuen sich in der ganzen Welt eines guten Rufes. Ein Stab hervorragender Beamter unterstützt den amtsführenden Stadtrat. Es wäre aber sehr notwendig, dass endlich für diese Kulturgüter grössere Räume zur Verfügung stünden. Auch wird für diese Zwecke eine grössere Ausgabensumme nötig sein. In dieser Verwaltungsgruppe sind auch das Feuerlöschwesen, die Verleihung des Heimatrechtes und das Budget der politischen Gemeindegewache. Trotz dieser heissumstrittenen Kosten ist es den konsilienten und ruhigen Wesen des amtsführenden Stadtrates zuzuschreiben, dass auch diese Angelegenheiten, die zu politischen Konflikten Anlass geben, ohne besonderen Streit beraten werden. Es wäre zu wünschen, dass dieser Geist der Urbanität auch in andere Gebiete der Verwaltung einzöge und dort das Bedürfnis nach dem reinpolemischen Ton aufgegeben wird.

Redner verlangt nun, dass unter Ausnützung des billigen Nachtstromes die Einführung der Beleuchtung, der Strassentafeln und Hausnummern geprüft werden soll. Es ist ohneweiters zu verantworten, dass dafür auch öffentliche Mittel verwendet werden, da ein allgemeines Interesse vorliegt.

Bei der Gemeindegewache handelt es sich um eine frivole Ausgabe. Diese aufreizende Post muss aus dem Budget verschwinden. Da im Budget immer der Personalaufwand für tausend Personen veranschlagt wird, Ende 1928 aber nur 563 Personen aus dem Titel der Gemeindegewache besoldet wurden, werden unberechtigt Beträge reserviert. Der Aufwand betrug für das Jahr 1928 1'71 Millionen Schilling. Für 1930 ist der Personalaufwand mit 3'6 Millionen Schilling veranschlagt, das heisst, dass aus dem Titel der Gemeindegewache rund zwei Millionen Schilling an Reserve angelegt werden. Bei der Besprechung des Feuerlöschwesens dank Gr. Dr. Wagner allen Feuerwehrmännern für ihre vorbildliche Pflichterfüllung im Dienste der Wiener Bevölkerung. Hinsichtlich der Förderung der Kunstbestrebungen durch die Gemeinde kritisiert der Redner, dass bisher eine Subvention der deutschen Kunst- und Bildungsstelle nicht zu erreichen war. Hinsichtlich der Verwaltung des Wiener Heimatrechtes erklärt Dr. Wagner, dass er mit dem Geist

in dem dieses Referat verwaltet wird, nicht einverstanden sein kann. Der Bevölkerung muss ein gewisser Einfluss auf die Entwicklung des Heimatrechtes gewahrt werden, ^{als} umso mehr die Eingemeindung von Ausländern und jüdischen Elementen unerwünscht ist. Bei dieser Gelegenheit sagt der Redner, dass der Kreis der antisemitischen Bevölkerung bis tief hinein in die Reihen der sozialdemokratisch gesinnten Bevölkerung reicht. GR. Dr. Wagner wünscht eine ausgiebige Förderung des Gewerbes, die möglichste Unterstützung der Volkszählung durch die Gemeinde und schliesslich die Drucklegung der stenographischen Protokolle. Der Wiener Landtag kommt mir vor wie ein entmanntes verfassungsrechtliches Organ, da er nicht einmal das Recht der Budgetierung hat. Für diesen Landtag wurde die Drucklegung der Protokolle durchgesetzt, für den viel wichtigeren Gemeinderat jedoch nicht. Das Verlangen nach der Drucklegung der Gemeinderatsprotokolle ist eine berechtigte Forderung, deren Erfüllung den Friedensgedanken dienen würde. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Kolassa (E. L.) beschäftigt sich mit der Gemeindegewache. Die Ausgabe dafür ist nicht nur eine luxuriöse, sondern auch im Sinne des Bürgerkrieges eine gefährliche. Wenn die Gemeindegewache verschwindet, wird dies viel zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen. Nach der Verfassung, die wir jetzt haben, ist die Auflösung der Gemeindegewache etwas ganz selbstverständliches. Man soll daher damit nicht zögern. Er beantragt, die Gemeindegewache mit Ende dieses Jahres aufzulösen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger (E. L.) spricht ausführlich über das Kinowesen, das der Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten untersteht. Die Kinosache ist eine reine Parteisache. Ob es sich nun um die Erteilung einer Kinolizenz, oder um die Erteilung einer Operateursberechtigung und so weiter handelt, alles wird durch die Parteibrille angesehen. Bei der Erteilung von Operateursberechtigungen wird parteipolitisch vorgegangen, ebenso bei der Filmprüfstelle. Dort herrscht reine Parteizensur. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt St. R. Linder bezüglich der Auflösung der Gemeindegewache, dass hinsichtlich des Bestehens oder Nichtbestehens der Gemeindegewache Vereinbarungen getroffen wurden und darüber im Rathaus nicht entschieden werden kann. Die Behauptung, dass zwischen der Arbeiterzeitung und der Kaserne der Gemeindegewache eine direkte Telefonverbindung bestehe, ist vollkommen unrichtig. Unwahr ist auch, dass mit der Auflösung der freiwilligen Feuerwehren irgendeine Willkür verknüpft ist. Die freiwilligen Feuerwehren legen ihre Löschberechtigung zurück, weil sie das Bestreben anerkennen, an Stelle des Bestehenden Besseres zu setzen. Hinsichtlich

der Anfrage des Gemeinderates Dr. Wagner, warum die deutsche Kunst- und Bildungsstelle nicht subventioniert werde, erklärt der Referent, dass die Unterstützung dieser Kunstbestrebungen auf einem eigenen Regulativ fussen. Es ist in den Satzungen ausgesprochen, dass solche Kunstveranstaltungen Arbeitern und Angestellten dienen müssen. Wenn die deutsche Kunststelle dies in ihren Satzungen aufnimmt, wird einer Subvention nichts im Wege stehen. Die Gewerbe-förderung macht durch Wanderausstellungen und Schaffung von neuen Absatzge-bieten erfreuliche Fortschritte. Von einer parteipolitischen Verwaltung im Kinowesen kann nicht gesprochen werden. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag des GR. Dr. Kolassa auf Auflösung der Gemeindewache wird abgelehnt und die Positionen der Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungs-angelegenheiten beschlossen.

Vizebg. Emmerling leitet sodann die Debatte zur Verwaltungsgruppe VIII ein. Er teilt zunächst mit, dass er erst morgen über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen berichten werde, vorausgesetzt, dass sie im Stadtsena erledigt worden sind. Es handelt sich in der Verwaltungsgruppe VIII um die Summen, die die einzelnen Unternehmungen an die Hoheitsverwaltung abzuführen ver-pflichtet sind. Für das Brauhaus der Stadt Wien ist eine Abfuhr von 800.000 Schilling vorgesehen. Wenn auch das Jahr 1929 sowohl hinsichtlich der Witterung verhältnisse als auch hinsichtlich des Absatzes ein besonders günstiges Jahr war, so glauben wir auch für das Jahr 1930 mit demselben günstigen Erfolg rechnen zu können, da das Sinken der Weltmarktpreise für die Rohstoffe billige-re Einkäufe ermöglicht. Für die städtische Ankündigungsunternehmung ist eine Abfuhrpost von 120.000 Schilling vorgesehen. Das Budget hält sich im Ganzen des Voranschlags und Grossen in den Grenzen/des Jahres 1929, der Ertrag ist um einiges höher angesetzt, da das Reklamegeschäft in den letzten Jahren einen steten Aufschwung zu verzeichnen hat. Vizebgm. Emmerling ersucht, die Ansätze der Verwaltungs-gruppe VIII zu genehmigen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Vizebgm. Hoss (E. L.) bespricht die Strassenbahnverhältnisse im XXII. Bezirk. Der Anschluss der Strassenbahnlinien 32 und 132 an die 3ler Linie ist sehr ungünstig, eine Verbesserung des Anschlusses würde keine ansehnlichen Mehrkosten erfordern. Nach langem Drängen ist es endlich gelungen, zu errei-chen, dass die 132er Linie in der Früh durch eine kurze Zeit bis zum Wällen-steinplatzgeführt wird, aber diese Endstation ist nicht günstig. Die 132er Li-nie müsste bis zum Kai geführt werden. Der grösste Uebelstand für den XXII. Bezi bildet die Eingeleisigkeit der Strassenbahn über die Reichsbrücke. Es ist das eine wahre Schmach, da ungefähr die Hälfte der Bewohnerschaft des XXI. Bezirks

Namentlich zur Badezeit ist der Verkehr über die Reichsbrücke ausserordentlich belastend. Die Gemeindeverwaltung müsste doch endlich alles daansetzen, dass die Reichsbrücke gebaut wird, und Vizebgr. Emmerling als Strassenbahnreferent müsste sich mit allen Kräften bei St. R. Breitner dafür einsetzen. Der Bau der Reichsbrücke wird ohnedies mindestens 3 Jahre dauern. Die ganze Zeit über soll ein so furchtbarer Verkehr über die Reichsbrücke bestehen bleiben. Die Bevölkerung des XX. Bezirks hat ein Recht zu verlangen, dass endlich der Verkehr verbessert wird (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Binder (E. L.) beschäftigt sich mit den Verkehrsverhältnissen auf der Landstrasse, die er als miserabel bezeichnet. Die F Linie ist trotz des Autobusverkehrs noch immer überfüllt und es wird sich nichts nützen wenn man wie dies geplant ist, an die F Wagen einen zweiten Beiwagen anhängt, dafür aber die Intervalle verlängert. Als Vertreter der Bevölkerung der Landstrasse verlangt er, dass hier endlich der Vizebgm. nach dem Rechten sehe. Auch die J Linie hat nicht genug Wagen. Durch einen Pendelverkehr zum Ring könnte diese Linie entlastet werden. Notwendig wäre auch die Einrichtung eines direkten Verkehrs zwischen Landstrasse und Kai. Auch die Intervalle beim O Wagen, der eine Bahnlinie ist, müsste noch mehr verkürzt werden, namentlich dürften nicht an Sonntagen, wie dies heute geschieht, die Intervalle länger sein. Der Redner beklagt sich auch über die stiefmütterliche Behandlung des H Wagens und macht sodann in einer Besprechung der Verkehrsunfälle darauf aufmerksam, dass in der Strecke von der Keinergasse bis zur Apostelgasse und Fasangasse - Rennweg, beides gefährliche Stellen, mit besonderer Vorsicht gefahren werden müsste. Schliesslich beklagt er sich darüber, dass durch die Reklame in den Strassenbahnwagen die Aussicht für die Passagiere behindert wird. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Dr. Hengl (E. L.) bemerkt zunächst, ihm sei aus sicherer Quelle mitgeteilt worden, dass die Brauerei Rannersdorf drei Viertel ihres Malzbedarfes aus dem Ausland deckt (Hört! Hört! bei der Minderheit). Angesichts der grossen Not der Landwirtschaft namentlich auch im Gerstenbau fragt der Redner den Vizebgm. Emmerling ob sich auch die Gemeinde Wien dem Uebereinkommen der Brauereien mit den landwirtschaftlichen Korporationen angeschlossen habe, wonach die Brauereien sich verpflichten, ein bestimmtes grösseres Quantum von Braugerste im Inland einzukaufen, ob es wahr sei, dass die Gemeinde Malzeinkäufe im Auslande tätige und wie sie das in Zukunft halten wolle. Er bespricht sodann die Verkehrsverhältnisse in Döbling und bezeichnet sie als ebenso desolat wie im Vorjahre. Es besteht noch immer der alte Uebelstand, dass Strassenbahnzüge der verschiedenen Linien, die dasselbe Geleise befahren unmittelbar nacheinander

und dass dann 10 Minuten überhaupt kein Wagen auf dem Geleise kommt. Eine ausserordentliche Gefahr bedeutet es auch, dass oft das Abfahrtssignal zu früh gegeben wird, woran aber nicht die Schaffner, sondern die Ueberfüllung der Strassenbahnwagen schuld ist. Gr. Hengl bringt sodann eine Reihe von Wünschen vor. Der Gürtelzug bei der Stadtbahnhaltestelle Heiligenstadt hat einen viel zu kurzen Aufenthalt, es müssten die Fahrpläne dahin abgeändert werden, dass entweder alle vier Minuten ein Zug der Donaukanallinie und der Gürtellinie abgelassen wird, oder dass man früher als heute in den Zug der Gürtellinie einsteigen kann. Die Haltestelle des 39er Wagens bei der Kreuzung musste verlegt werden, bei der Endstation der 38er Linie soll eine Verkaufshütte errichtet werden. Es wäre das Wichtigste, eine Autobuslinie zwischen der Grinzinger- und der Sandgasse zu einzurichten oder die 34er Linie bis zur Billrothstrasse oder der Grinzinger Allee zu führen. Gr. Hengl überreicht ^{einen} Anträge, womit die Strassenbahndirektion aufgefordert wird, unverzüglich eine Vorlage vorzulegen welche einen ermässigten Fahrpreis für direkte Fahrten auf den Radiallinien der Strassenbahn zu den Kopfstationen am Ring und Kai vorsieht. Sodann bespricht Gr. Hengl den Autobusverkehr im XIX. Bezirk und bezeichnet die Autobuslinie durch die Krottenbachstrasse als ganz ungenügend. Er bringt seine im vorigen Jahr vorgebrachten Verbesserungsvorschläge hinsichtlich des Autobusverkehrs in Döbling neuerlich vor. Er stellt einen Antrag wonach die in diesen Bezirksteilen beschäftigten Arbeiter und Angestellten den besonderen Tarif geniessen sollen, wie die dort Wohnenden. Wenn nicht schon ^{allgemein} die Endstation der Autobuslinie bis zur Stadtbahnstation Nussdorferstrasse verlegt wird, müsste dies wenigstens an Sonn- und Feiertagen geschehen. Ferner müsste bei der Endstation in der Gymnasiumstrasse ein Wartehäuschen errichtet werden. Zum Schluss beschwert sich der Redner darüber, dass Strassenbahnschaffner sich manchmal in Debatten von Fahrgästen die sich misshellig über die Wiener Gemeindeverwaltung ^{ausprechen} einmengen und solche Aeusserungen von Fahrgästen nicht zulassen wollen. Er bezeichnet es auch als unzulässig, dass die städtischen Betriebsmittel, ^{wie zum Beispiel} am 1. Mai städtische Autobusse zur Beförderung sozialdemokratischer Parteiangehöriger benützt werden (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluss der Sitzung 20'30 Uhr.

Die nächste Sitzung des Gemeinderats findet morgen um 17 Uhr statt.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Vorschlag, ferner die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1930 und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1928. Ferner die Aenderungen der Gas- und Strombezugsbedingungen.